# Like a rolling stone...

## Zur Krise der revolutionären Linken

### Eine Aufarbeitung zu Steinmetz

# Like a rolling stone...

## Zur Krise der revolutionären Linken

## Eine Aufarbeitung zu Steinmetz

Herausgeber:

***basis***
Alte Feuerwache
Am Landwehrplatz 2
66111 Saarbrücken
Tel. 06 81 / 39 99 90
Fax. 06 81 / 3 41 45
Montags u. Mittwochs
17.00 - 19.00 Uhr

August 1994

**Preis: 2,00 DM + Porto**

# Vorneweg

> "Beklage ich mich darüber? Es fällt mir nicht ein. Über geschichtliche Ereignisse beklagt man sich nicht, man bemüht sich im Gegenteil, ihre Ursachen zu verstehen und damit auch ihre Folgen, *die noch lange nicht erschöpft sind*"
> (Friedrich Engels, Vorwort zu "Marx vor den Kölner Geschworenen" 1. Juli 1885)

Bad Kleinen fiel für uns in eine Zeit politischer Diskussionen und Klärungsversuche unter mehreren Genossen und Genossinnen in der Region, die eine unterschiedlich lange Geschichte im antiimperialistischen Widerstand haben. Stoff der Diskussionen, die Anfang 1993 begannen, waren die Projekte, in denen wir kämpfen, die jeweils aktuelle Praxis und damit zusammenhängende politische Vorstellungen, Überlegungen und Fragen. Wir wollten unter uns eine gemeinsame Grundlage schaffen, um die eigene Individualisierung und die Zersplitterung der politischen Prozesse und Initiativen aufzuheben. Perspektivisch ging es um Grundlagen für die Neubegründung und Neubestimmung eines revolutionären Projektes in den Metropolen. Es gelang uns zu keinem Zeitpunkt, Widersprüche untereinander zu klären, geschweige denn aufzuheben. Das Ergebnis war, daß wir nach Monaten anstrengender - und dennoch müßiger - Diskussionen auseinandergingen. Seitdem führen wir die Diskussion in kleinerem Rahmen weiter, verbunden mit der Entscheidung für einen gemeinsamen politischen Prozeß.

Die Niederlage der revolutionären Linken, Steinmetz, und Alles, was damit zusammenhängt, haben unsere Diskussionen entscheidend geprägt und den Raum für weitergehende Vorstellungen eng gemacht. Aber klar: Das war und ist eine notwendige und vor allem grundsätzliche politische Klärung, die auch mit der Veröffentlichung unseres Papieres nicht abgeschlossen sein wird. Erst langsam wächst die Kontinuität und Struktur in unserem Prozeß, und wir versuchen, Boden unter die Füße zu bekommen. Der Charakter unseres Textes ist daher fragmentarisch.

**Die Frage, die wir versuchen zu beantworten: Wie kam es dazu, daß sich ein Verfassungsschutz-Spitzel über Jahre im radikalen Widerstand bewegen konnte, bis hin zum Kontakt zur RAF und der brutalen Konsequenz: Ein Genosse ermordet, eine Genossin im Knast. Das ist zuallererst und hauptsächlich eine politische Frage:**

Nach unseren Schwächen, Halbheiten und Oberflächlichkeiten - und sorum nach politischer Verantwortung und Organisierung. Darüber hinaus ist es auch eine Frage von persönlicher Verantwortung. Eine Genossin von uns hatte jahrelang als Einzelperson Kontakt zu Klaus Steinmetz.

Die politische Defensive der radikalen und revolutionären Linken, der Zerfall ihrer Strukturen und das Loslassen erkämpfter Kriterien sind der Boden, auf dem Steinmetz gedeihen konnte. Die Stichworte hierzu sind: Individualisierung, Entpolitisierung, technisches Rangehen und informelle Strukturen.
Steinmetz war kein blinder Schicksalsschlag. Wir finden die Haltung, daß sowas passieren könne und es keinen Schutz gegen Bullenspitzel gäbe, resignativ und daneben. Sie vertuscht nur politische Ursachen und Gründe, und schafft einen Mythos über die Staatsschutz-Apparate.
Die Gefahr liegt auf der Hand, daß "Steinmetz" zu einer unendlichen Geschichte wird, die alle, die um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen kämpfen, noch auf Jahre begleiten wird: Der jederzeit ausbaufähige Kronzeuge gegen radikalen Widerstand. Da soll sich niemand was vormachen - wenn es gebraucht wird, werden Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt ganze Aktenschränke mit Steinmetzchen "1a-authentischen" Aussagen auspacken, und sie gegen Genossen und Genossinnen drehen, um sie auf Jahre einzuknasten.
Die staatliche Linie ist Vernichtung von Fundamental-Opposition. Dies wird an den laufenden Kronzeugen-Prozessen gegen die Gefangenen aus der RAF, die darüber bis zu ihrem Tod im Knast verschwinden sollen, genauso deutlich wie an der Kriminalisierung antifaschistischer Organisierung und der hier lebenden Kurden und Kurdinnen. Eine politische Antwort auf die laufenden und noch drohenden Staatsschutz-Prozesse und Ermittlungen kann nur begrenzt an und in diesen entwickelt werden.

Wir wollen mit dazu beitragen, den unerträglichen Zustand des Schweigens zu brechen. Denn Schweigen bedeutet auch Passivität und Verharren, meint Status Quo und verlängert den Zersetzungsprozeß der revolutionären Linken.
Daß dies im Interesse des Staates ist und seiner seit Bad Kleinen massiv betriebenen Vertuschungs- und Desinformationspolitik entgegenkommt, liegt klar auf der Hand. Die Repressions-Apparate spekulieren zur Zeit auch auf den Zerfall innerhalb der revolutionären und radikalen Linken, verbunden mit einer deutlichen Drohung: Stillhalten, alles bleibt "beim Alten", oder es wird

abgeräumt. Als ein Beispiel ist das mehrseitige Interview im Spiegel (14.02.94) mit Steinmetz zu verstehen, das mit Sicherheit vom Verfassungsschutz arrangiert und durchgesprochen wurde.

# Ein Jahr nach Bad Kleinen

Der Mord an Wolfgang Grams, die Verhaftung von Birgit Hogefeld und das zufällige Auffliegen des langjährigen Bullenspitzels Klaus Steinmetz sind über ein Jahr her.
Die Polizei-Operation in Bad Kleinen war Bestandteil eines umfassenderen Planes, der an der Krise revolutionärer Politik ansetzt, um die revolutionäre Linke endgültig politisch und militärisch zu zerschlagen und ihre Geschichte auszulöschen. An dieser Stelle möchten wir auf die Koordinierungsgruppe Terrorismus - KGT verweisen, die im Mai 1991 auf Beschluß des Innenministeriums ins Leben gerufen wurde. An der KGT nehmen das Bundesamt für Verfassungsschutz, der Generalbundesanwalt sowie die Innenminister der Länder und die Senatoren teil. Unter ihrer Federführung werden politische, polizeiliche und juristische Maßnahmen koordiniert. Kinkel und Schäuble erklärten damals gegenüber der Presse, daß "für eine erfolgreiche Terrorismus-Bekämpfung neue Ansatzpunkte notwendig seien". Ein Ergebnis davon war die sogenannte Kinkel-Initiative, die das gleiche Ziel beinhaltete wie die Operation in Bad Kleinen.[1)]
Mit dem V-Mann Steinmetz hatten die Repressions-Apparate einen entscheidenden Trumpf in der Hand: Die Option auf einen militärischen Schlag gegen die RAF. Darüberhinaus waren sie durch ihn über die Inhalte der politischen Diskussionen innerhalb der revolutionären Linken bestens informiert.[2)] Beides gab den Apparaten eine Menge Spielraum zum Taktieren. Nach dem Angriff der RAF auf den Knastneubau in Weiterstadt im März 1993 entschieden sich die Staatsschutz-Apparate für einen militärischen Schlag gegen die RAF.
Der V-Mann sollte unbescholten davonkommen und wieder zurück in die Szene, ran an die RAF.

Die Operation in Bad Kleinen endete in einem Desaster und löste eine Staatskrise aus. Wolfgang, der versuchte, sich der Verhaftung mit der Waffe in der Hand zu entziehen, hatte diesen Handlungsraum zunächst aufgrund einer Verwechslung auf Seiten der Bullen mit dem V-Mann Steinmetz. Birgit hatte diesen Handlungsraum nicht. Sie war wie Steinmetz festgenommen und lag neben

ihm gefesselt am Boden in der Unterführung. Deshalb konnte sie seine Festnahme sehen. Birgit wurde dem Haftrichter in Karlsruhe vorgeführt und ist seitdem in Isolationshaft. Im Herbst dieses Jahres beginnt der Prozeß gegen sie, und es gibt hunderte von Seiten mit "aktenkundigen" Aussagen von Steinmetz im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren. Wolfgang wurde in Bad Kleinen aus nächster Nähe von GSG9-Beamten erschossen. Eine Verkäuferin in einem Kiosk meldete sich als Zeugin, Monitor präsentierte am 1.7. einen Zeugen. Beide sagten aus, daß Wolfgang von einem GSG9-ler aus nächster Nähe erschossen wurde.
Die Eltern von Wolfgang stellten einen Strafantrag gegen GSG9-Beamte wegen vorsätzlicher Tötung. Die Ermittlungen wurden eingestellt. Am 6.6.94 hat ihr Rechtsanwalt aufgrund eines neuen Gutachtens und aufgrund der Aktenlage erneut Anklage gestellt. In dem Gutachten von Bonte (Rechtsmediziner) wurde festgestellt, daß eine "Fremdtötung" nicht ausgeschlossen werden kann, und daß von daher die "Selbstmordthese wissenschaftlich nicht haltbar" ist.
Steinmetz untersteht seit Bad Kleinen dem Zeugenschutzprogramm des Bundeskriminalamtes für V-Leute. Bereits am 5.7.93 sprach der Spiegel von einem "Klaus" als freiem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Dies wurde am 15.7.93 vom Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz bestätigt (Panorama). Die Apparate rotierten, der staatlich gelenkte Informationspool geriet kurzfristig außer Kontrolle.
Die Rücktritte Seiters und von Stahls waren Ausdruck der staatlichen Legitimationskrise. Vor seinem Job als Bundesinnenminister war Seiters Kanzleramtschef und damit auch Koordinator der Geheimdienste. Er war wesentlich daran beteiligt, die Verzahnung der verschiedenen polizeilichen und nachrichtendienstlichen Ebenen voranzutreiben. Ein Produkt daraus ist die KGT.
Auf politischer Ebene entpuppte sich sein Image als wenig brauchbar für eine offensive reaktionäre Bewältigung des gestapo-mäßig inszenierten Einsatzes von Bad Kleinen. Mit seinem Rücktritt am 4.7.93 machte er nicht nur dem offensichtlichen law-and-order-Mann Kanther Platz, sondern verpaßte der handelnden politischen Klasse das Etikett von Rechtschaffenheit, Rechtsstaatlichkeit und Verantwortung.
Auch daß von Stahl gehen mußte war nicht etwa die Folge seiner Lügen (täglich eine neue Version), sondern seiner von staatswegen nicht zu akzeptierenden Rechtfertigungs-Politik im Zusammenhang mit Bad Kleinen.
In diesem politischen Vakuum haben die bürgerlichen Medien

mehr zur Aufklärung um die Vorfälle in Bad Kleinen beigetragen als die revolutionäre Linke. Auch darin zeigt sich das Desaster an Bad Kleinen und danach. Die revolutionäre Linke war politisch handlungsunfähig. Dies hat entscheidend dazu beigetragen, daß die Staatsapparate wieder das Heft in die Hand bekamen, zur Tagespolitik übergehen konnten und keine neuen Risse auftraten. Der neue Innenminister Kanther kam "Ohne Wenn und Aber", Kohl besuchte demonstrativ die GSG9 und legitimierte die Operation in Bad Kleinen.

Die politische Klasse mußte Geschlossenheit demonstrieren und ihre Handlungsfähigkeit so schnell wie möglich wieder herstellen, angesichts der innenpolitischen Instabilität, die sich schon die Monate zuvor verdichtet hatte. Gerade hatte die große Parteienkoalition gegen alle Widersprüche - zum Teil aus ihren eigenen Reihen und gegen außerparlamentarische Protest- und Widerstands-Mobilisierungen - das Asylrecht gekippt. Dieser staatspolitische Kurs war eingerahmt vom Fanal neonazistischen Terrors in Mölln im November 1992 und Solingen Ende Mai 1993. In wenigen Monaten hatte sich offenbart, daß der faschistische Terror und die rassistische Staatsdoktrin aus einem Konsens agierten. Dagegen artikulierte sich berechtigter Zorn, Wut und Trauer in Form von Straßenblockaden und anderen Protestaktionen.
Die BRD war massiv ins Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit gerückt. Da bekommen dann auch die Fernsehbilder eines deutschen Panzers, der - eingesetzt von der türkischen Armee im Spezialkrieg in Nord-West-Kurdistan - einen Kurden zu Tode schleift, ein anderes Gewicht. Die Besetzung des türkischen Konsulats in München ein paar Tage vor Bad Kleinen im Zusammenhang eines europaweiten Aktionstages der ERNK[3)] unter dem Motto "Stoppt die Massaker in Kurdistan" durchkreuzte die Pläne des deutschen Staates, sich der direkten politischen Verantwortung für die Fortdauer des Krieges gegen das kurdische Volk zu entledigen.
Solingen, die Aktionen der Kurden und Kurdinnen, Bad Kleinen: Für kurze Zeit war die Labilität und Lähmung der staatlichen Apparate - mit der Tendenz zur Staatskrise - offensichtlich.

Doch die Entwicklung von einem Jahr zeigt, wie die herrschende Klasse die Schwäche der revolutionären und linksradikalen Kräfte planmäßig und instinktiv ausnutzen konnte und kann, um die aufbrechende Legitimationskrise in eine aggressive Offensive zum Ausbau ihres behaupteten Gewaltmonopols umzudrehen: BGS-Gesetz, großer Lauschangriff, Erweiterung der Kompetenz

des Bundesnachrichtendienstes, geplanter Einsatz der Bundeswehr im Innern, Verbot kurdischer Organisationen etc.. Über die Propagierung des parteiübergreifenden Wahlkampfthemas "Innere Sicherheit" werden die untergeordneten politischen Ebenen bis in die Kommunen zur Umsetzung dieser reaktionären Formierung in die verschiedenen gesellschaftlichen Segmente getrimmt.

**Das was im Sommer/Herbst 1993 richtig und notwendig gewesen wäre, kann von niemandem nachgeholt werden. Dennoch geht es darum, die Ursachen für diese Niederlage zu begreifen, politisch diskutierbar zu machen und gemeinsame Konsequenzen daraus zu ziehen.**

## Unsere Stärke war zur gleichen Zeit unsere Schwäche

Wir werden in dem Papier die politische Geschichte der revolutionären und radikalen Linken nur insoweit streifen, als wir es dafür notwendig finden, unsere Ausgangslage und den Zusammenhang "Steinmetz" zu begreifen.
Wenn wir von Niederlage der revolutionären Linken reden, dann ist dies nicht losgelöst von den Prozessen und Kampfphasen der letzten 20 Jahre. Wir waren und sind nicht auf der Zuschauertribüne. Der Blick von Außen und Oben, vermeintlich klar und glatt und damit meist einhergehend die Abgrenzung zu Andern, kotzt uns an. Politisch finden wir es fatal, weil sich darin ein Mechanismus der Politik der letzten Jahre reproduziert: Entäußertes Politikverständnis.

Wir, die Verfasser und Verfasserinnen dieses Papieres, haben alle an unterschiedlicher Stelle die Phase militanter Widerstandsbewegung, sowie ihre Verzahnungen mit den strategischen Vorstellungen der Guerilla Anfang bis Mitte der 80er Jahre politisch mitentwickelt und uns darin bestimmt.
Im Mai 1982 wurde das Papier "Guerilla, Widerstand - antiimperialistische Front" von der RAF veröffentlicht. Darin wurden die ideologischen und strategischen Vorstellungen skizziert - konkret gefaßt in einem offenen Konzept, eine antiimperialistische Front in Westeuropa zu entwickeln. International lief ein Rollback der

kapitalistischen/imperialistischen Machteliten gegen die Befreiungskämpfe und gegen die sozialistischen Staaten. Mittelstrekkenraketen-Stationierung, Bombardierung des Libanon durch US-Militär, Massaker in palästinensischen Lagern, Contra-Kriege in El Salvador und Nicaragua bestimmten die weltweite Situation. Das strategische Konzept Front stand in diesem internationalen Zusammenhang - und es ging zentral darum, gegen das Rollback und die weltweite Zerstörung von Lebensbedingungen international zusammen zu kämpfen.
Ausgangs des Frontprozesses stand die Option, daß in der Gleichzeitigkeit der revolutionären Kämpfe unsere Stärke liegt. Heute können wir sagen, daß es hier wenig Berücksichtigung fand, daß revolutionäre Kämpfe jeweils auch besonderen Gesetzen unterliegen, was ihren Takt, sowie ihre Wirkung bezüglich gesellschaftlicher Ausgangsbedingungen betrifft. So mußte unbegriffen - weil äußerlich - bleiben, daß die Gleichzeitigkeit revolutionärer Intervention die Ungleichzeitigkeit gesellschaftlicher Prozesse zuspitzen kann.
In der BRD war der Blick der Kämpfenden fast ausschließlich auf die Strategie des imperialistischen Rollbacks gerichtet. Bestenfalls noch auf den kollektiven Prozeß ihrer jeweiligen Widerstandsgruppe. Man braucht sich nur die Erklärungen jener Zeit durchzulesen. Da wurde seitenweise detailliert über die imperialistischen Strategien doziert. Im Verhältnis dazu waren eigene politische Vorstellungen und gemeinsam bestimmte gesellschaftspolitische Ziele nur unterbelichtet vorhanden. Es war offensichtlich, daß der Widerstand bis zu diesem Zeitpunkt nicht gepackt hatte, ein eigenständiges und langfristiges Kampfprojekt innerhalb der Front zu entfalten, das aus der gesellschaftlichen Situation hier wie international begründet und in den unterschiedlichsten Kämpfen und Auseinandersetzungen verankert war.
**Die antiimperialistische Front endete letztlich in einer militaristischen Sackgasse.**
Gegen die Entwicklung der antiimperialistischen Front rollte von Anfang an eine massive Repressionswelle: Legale Genossen und Genossinnen, die sich politisch im Front-Konzept bestimmten, wurden abgegriffen und verschwanden für Jahre in den Isolationslöchern. Das Staatsschutz-Konstrukt dafür war "Mitgliedschaft in der RAF". Ein Problem dabei war, daß aufgrund des Mangels an eigenem Boden aus dem inneren Prozeß der Front keine Vorstellungen entstanden, in denen diese massive Kriminalisierung politisch antizipiert wurde. Die Konsequenzen sind bekannt. Statt Weiterentwicklung der Front begann eine Zeit der

Stagnation und schleichenden Entpolitisierung. Fast alle Gruppen und Zusammenhänge des antiimperialistischen Widerstands waren davon betroffen und lösten sich tendenziell auf. Ein gemeinsames Anhalten zur Klärung und Aufarbeitung der vorangegangenen Kampfphase fand nicht statt. Der Weg in die Zersplitterung und den Subjektivismus war darin vorprogrammiert. Gemeinsame Kriterien und Grundlagen, sowie ein gemeinsames Verständnis über das "wie weiter" waren nicht Ausgangspunkt für weitere Prozesse und Initiativen.

Was an der Oberfläche noch Einheit, wird dann im Innern gegenläufig, weil nicht mehr dem gemeinsamen Ziel verantwortlich. Hier sehen wir heute den Ausgangspunkt für die Krise revolutionärer Politik, an deren Ende, nach einer ganzen Kette von Niederlagen Bad Kleinen steht.
Steinmetz' "Karriere" begann nicht irgendwo, sondern genau dort - und nährte und entwickelte sich im Zerfall und der politischen Desorientierung der revolutionären Linken.

# Von der Zersplitterung der radikalen und revolutionären Linken zur Euphorie des Aufbruchs - und zurück

> "...aus vielen Ansätzen im letzten Jahr, aus der Offenheit und dem Willen quer durch verschiedene Zusammenhänge im Widerstand, halten wir eine neue Einheit im revolutionären Kampf für möglich. Es zeichnet sich jetzt schon eine Umkehrung der linken Rückentwicklung seit Ende der siebziger Jahre ab".
> (Aus der Hungerstreikerklärung der politischen Gefangenen vom 1.2.1989)

> "...Die veränderten subjektiven Bedingungen: Die Offenheit in den Diskussionen, das wachsende Bedürfnis nach Befreiung, nach Menschlichkeit, Selbstbestimmung und Kollektivität bei Vielen und in allen Kämpfen, und die gereifte Einsicht bei den Meisten die kämpfen, daß die alten und zersplitterten Zusammenhänge, wie sie lange existiert haben, nur die politische Kraft fesseln, statt sie zu entwickeln, machen die Initiative jetzt möglich und notwendig." (Flugblatt zur Eröffnung des Hungerstreik-Infobüros in Saarbrücken vom 11.3.1989)

Was viele Genossen und Genossinnen etwa ab 1987 bis Ende der 80er aus der Zersplitterung der Widerstandsprozesse und der Stagnation der revolutionären Linken erkannten war vor allem, daß es so nicht weitergehen kann. Das hat zu allen möglichen Konsequenzen und Entscheidungen geführt, nur nicht dazu, daß die politischen und organisatorischen Voraussetzungen für einen Prozeß von Neubestimmung und Neuorganisierung revolutionärer Politik geschaffen wurden.
So fand die Bewertung dessen, was Ende der 80er an Initiativen und Mobilisierungen lief, zum größten Teil in nicht klar definierten politischen Zusammenhängen statt.
Die besetzten Häuser im Hafen konnten in einer breiten Mobilisierung durchgesetzt werden, die Mobilisierung gegen die IWF-Tagung in Berlin war breit und vielfältig getragen und wurde in vielen Städten aufgegriffen. Die palästinensische Intifada wurde in Demonstrationen, Veranstaltungen und sonstigen Initiativen unterstützt, und ihre Organisierung, die Elemente zum

Aufbau einer neuen Gesellschaft in sich trug, war Inhalt vieler Diskussionen, die Fragen zum Aufbau einer anderen Realität auch hier auf die Tagesordnung setzten. An den Hochschulen wurde im Rahmen von "Unimut" eine Kampagne durchgeführt, die sich objektiv gegen die verschärfte Durchdringung der Ausbildungsbereiche nach direkten Verwertungskriterien des kapitalistischen Marktes richtete. Neue antifaschistische Organisierungen entstanden angesichts der hochkommenden Naziparteien und des Terrors der Straßenfaschisten.

Diese Kämpfe und Proteste, die in sich selbst widersprüchlich und von unterschiedlichen Motivationen getragen waren, blieben punktuell und standen im Wesentlichen nebeneinander. Trotzdem zeigte sich darin, daß gegen die staatliche Politik verstärkt Widersprüche aufbrachen, und daß Mobilisierungen für soziale und politische Veränderungen gesellschaftliche Anziehungskraft ausübten.
An der Initiative zur Zusammenlegung, die 1988 vom Hafen aus initiiert wurde, zeichnete sich ab, daß eine größere gesellschaftliche Resonanz auf die Forderungen der politischen Gefangenen möglich war als in den Jahren vorher.
Die politischen Möglichkeiten, die in diesen Jahren präsent wurden, blieben jedoch in subjektivistischen Bewertungen und Vorstellungen befangen.
So gingen wir in die Mobilisierung zum Hungerstreik 1989 zwar mit der Vorstellung einer Neubestimmung revolutionärer Politik. Wir dachten, daß wir in dieser Mobilisierung die nebeneinander entstandenen und existierenden gesellschaftlichen Prozesse und Widerstände in einen gemeinsamen, vielfältigen Widerstandsprozeß entwickeln könnten.
Organisiert haben weder wir noch andere diese Neubestimmung aber auch da nicht. Die Zersplitterung der revolutionären und radikalen Linken pflanzte sich darin fort.
Selbst wenn die Erscheinung eine andere war - fast in jeder Stadt waren Hungerstreik-Infobüros entstanden, die zueinander in Verbindung waren - die politischen Strukturen in dieser Mobilisierung beruhten zum größten Teil auf Fähigkeiten zur Improvisation und der Bereitschaft zu direktem Handeln.

Mit den politischen Gefangenen ihre und unsere Isolation durchbrechen war das erklärte Ziel. Die Entwicklungen und Lernprozesse in diesem Rahmen blieben jedoch in ihrem Innern und was längerfristige Ziele angeht sozial und politisch ungefüllt. Wir hatten keine gemeinsamen Kriterien mehr, und auch kein Bewußt-

sein über die Notwendigkeit differenzierter Kampf- und Organisierungsformen. Unsere in den Jahren zuvor angeeigneten Rangehensweisen befähigten uns nicht dazu, neu entstandene politische Beziehungen produktiv weiterzuentwickeln. Die realen Möglichkeiten des erweiterten politischen Terrains - wie es sich in der breitesten Mobilisierung, seit es politische Gefangene gibt, ausdrückte - längerfristig wahrzunehmen und aufzugreifen, hätte umfassendere politische Grundlagen, Ziele und tiefere Reflexionen vorausgesetzt.
So bewerteten wir die Entstehung einer Mini-Initiative neben der anderen als Drang nach Eigenständigkeit und Eigenverantwortung und nahmen es als Bereicherung. Tatsächlich fand darin weitere Zersplitterung und Individualisierung statt. Die staatliche harte Haltung gegenüber den Gefangenen, die brutalen Räumungen besetzter Häuser im gleichen Zeitraum, auch in Saarbrücken, trafen die Mobilisierung in einer Abwärtsphase, die ihre letzte Kraft mehr aus individueller Zähigkeit bezog, als aus politischer Klarheit und Entschlossenheit.

**Es ist keine neue Organisierung aus diesen Kämpfen entstanden, kein Aufbau politischer Strukturen, die die Kampfphase differenzierter bewerten, das Ende der 80er entstandene politische Terrain entwickeln und in einem neu zu bestimmenden Prozeß fassen konnten. Das war die eigentliche Niederlage aus der Phase des Hungerstreiks, und nicht die Tatsache, daß zu dem damaligen Zeitpunkt die Zusammenlegung nicht durchgesetzt werden konnte.**

# Jetzt lassen wir nicht mehr los!...

...dieses wechselseitige Versprechen, das zum Leitthema der ganzen Mobilisierungsphase zum Hungerstreik der politischen Gefangenen wurde, verkümmerte in der Zeit danach zur hohlen Phrase.
**Alle hatten losgelassen!**

Euphorie und Aufbruch der ersten Monate waren verbrannt und machten einer politischen Katerstimmung und tiefen Ernüchterung Platz. Statt einer gemeinsamen Aufarbeitung und Bilanz des Erkämpften gab es kreuz und quer durch alle Städte unnötige und völlig unangebrachte Schuldzuweisungen innerhalb der Mobilisierungs-Zusammenhänge, und auch zwischen den Gefangenen und dem Widerstand, über die Fragen, was warum nicht erreicht wurde.

All dies fand in einer Zeit statt, in der die imperialistischen Staaten die weltweiten Kräfteverhältnisse mit einer Politik der Verschuldung, des schmutzigen Krieges und sogenannter Demokratisierungen schon länger zu ihren Gunsten feststanzen konnten. Ein revolutionärer Durchbruch war nirgendwo in Sicht, die revolutionären Bewegungen befanden sich in einer Krise. Das und die Krise der Kapitalverwertung und die damit verbundenen Prozesse der Kapitalkonzentration und politisch-ökonomischer Umstrukturierung zogen eine ganze Phase globaler Umbrüche nach sich und beschleunigten die selbst zu verantwortende politische Zersetzung der sozialistischen Staaten.
Am Ende verschwand eine "Welt", wie sie sich nach dem 2. Weltkrieg herausgebildet hatte und deren Koordinaten so oder so die internationalen Klassenkämpfe bestimmten, oder doch zumindest überlagerten. Selbst als die Mauer fiel und der Golfkrieg vor der Haustür stand, war die Dimension des historischen Umbruchs von der Linken insgesamt immer noch wenig begriffen. Die westdeutsche Linke hat sich als unfähig erwiesen, zur Annexion der DDR und den damit verbundenen gesellschafts-politischen Veränderungen politisch Stellung zu beziehen und in diese Entwicklung einzugreifen. Da gab es kaum etwas, was über "Deutschland halts Maul" hinausging. Die Linke war mit den Großmachtsplänen dieses Staates, wie sie sich schon in der harten Haltung während des Hungerstreiks abzeichneten, konkret und materiell konfrontiert. Nach Innen wie nach Außen.

Im Herbst 1989 begannen die spanischen Gefangenen aus Grapo und PCE(R) einen Hungerstreik gegen die "Politik der Zerstreuung" und für ihre Wiederzusammenlegung in Gruppen. Während des Streiks wurde Jose Manuel Sevillano mittels Zwangsernährung getötet. Die Gefangenen waren über ein Jahr im Hungerstreik. Der spanische Staat demonstrierte sein Vernichtungskalkül, abgestimmt im Rahmen der europäischen Aufstandsbekämpfung.
Trotz einer Vielzahl von solidarischen Aktionen im Zusammenhang mit dem Hungerstreik in Spanien gelang es weder bundesweit noch regional, den roten Faden der Hungerstreikmobilisierung wieder aufzugreifen, gegen die sich ausbreitende Resignation und Normalisierung von Zersplitterung und Entpolitisierung.[4)]
Um es klar zu sagen: Das Problem war nicht, daß nicht gekämpft wurde. Das gab und gibt es immer wieder. Doch die gemeinsamen Grundlagen fehlten, und die Situation auf unserer Seite wurde mit jedem Tag widersprüchlicher und unüberschaubarer. Es wa-

ren nicht die Einzelnen, die nicht mehr politisch verantwortlich handelten, sondern die Überprüfbarkeit davon stand kaum noch in Beziehung zueinander. In dieser Zeit intensivierte sich der bis dahin sporadische Kontakt unserer Genossin zu Steinmetz auf scheinbaren politischen Grundlagen.

Die Linke war auf dem absteigenden Ast. Ihr desolater Zustand wurde überdeutlich, als im August 1990 die Vorbereitungen des imperialistischen Krieges im arabischen Raum begannen und schon kurze Zeit später hunderttausende von US/NATO-Truppen dort eingefallen waren. Es war ein Krieg für die imperialistische Neuordnung, gegen die Völker im Süden und gegen den kurdischen und palästinensischen Befreiungskampf. Natürlich haben wir uns dazu verhalten aus dem Bewußtsein, daß das, wofür wir kämpfen, nicht zu trennen ist von emanzipatorischen Kämpfen der Völker in der ganzen Welt.
Zum Golfkrieg ließe sich viel sagen. Sei es zu den Medien, zur Linken, oder zu den vielen vor allem jungen Menschen, die zu dieser Zeit mit uns auf der Straße waren. Aber das würde den Rahmen des Papieres sprengen. Wichtig ist uns festzuhalten, daß sich spätestens in der Mobilisierung gegen den Golfkrieg 1991 gezeigt hat, daß an keiner Stelle organisierte Prozesse zur Neubestimmung revolutionärer Politik aufgebaut worden waren. Welchen Zielen gegenüber sich die Aktivisten und Aktivistinnen, Zusammenhänge und Gruppen verantwortlich glaubten, war kaum noch hinterfragbar, und dem für eine revolutionäre Intervention wesentlichen Kriterium - politisch-militante Praxis - fehlte fast jeder innere Bezugsrahmen. Für Jede und Jeden war unumstößlich sichtbar, daß es keine antagonistische Kraft hier gibt und wie entpolitisiert die Linke bereits war.

**Heute müssen wir nüchtern feststellen, daß alle Versuche, die mit dem Ziel revolutionärer Neubestimmung verbunden waren, einschließlich unserer eigenen, gescheitert sind. Es ist oberflächlich, von einem politischen Einschnitt zu reden, ohne sich die Bedingungen dafür zu schaffen. Es liegt auf der Hand, daß es darüber eine politische Verständigung geben muß, worin zunächst ein paar Eckpunkte nach vorne bestimmt werden müssen, um von gemeinsam geklärten Ausgangsbedingungen losgehen zu können. Zu einem Einschnitt gehört mehr, als sich in konkreten Prozessen und Projekten anders zu bestimmen und zu bewegen, als die Jahre davor. Oder auch, die Mittel und Bezugspunkte anders zu setzen.**

# Es braucht einen Bruch zum individualisierten Politikverständnis der letzten Jahre

Der Bruch zwischen den revolutionären Gefangenen aus der RAF und der Mehrheit dieser Gefangenen zur Politik der RAF gehört zur Ausgangsbedingung von revolutionären Prozessen. Er ist keine deutsche Besonderheit, sondern reiht sich ein in das Phänomen der weltweiten Krise linker und revolutionärer Politik. Politisch sind wir mittendrin, und eine Haltung für die eine oder andere Seite können wir jetzt am wenigsten gebrauchen. Der Bruch ist Ausdruck der extrem widersprüchlichen politischen Prozesse der letzten Jahre, insbesondere seit Abbruch des Hungerstreiks 1989. In seiner Begründung verschweigt er - wenig selbstkritisch - daß es überall, nicht nur bei der RAF und den Celler Gefangenen, individualisierte politische Prozesse, Brüche und Selbstläufer gab und gibt. Und daß es im ganzen Zusammenhang der revolutionären Linken keine organisatorischen Strukturen und politischen Mechanismen zur Korrektur gab und gibt.

Die politischen Gedanken der Gefangenen aus Celle sind insoweit transparent, da sie die letzten Jahre viel geschrieben und veröffentlicht haben. Uns ist es allerdings ein Rätsel, wie sie daraus auf ihre Verhandlungslinie und die politische Vorstellung, die sie damit verbinden, gekommen sind. Wir finden das aus der politischen Situation hier und weltweit schlichtweg daneben. Die Art und Weise, wie sie das gemacht haben, entspricht nicht unserem Politikverständnis.

In der Erklärung von Brigitte für die eine Gruppe der Gefangenen finden wir viel an den Verhandlungsversuchen der Celler im Einklang mit der RAF entwickelt, und wenig an den Prozessen und Ursachen. Jedenfalls wird uns darin nicht klar, wie sie seit Abbruch des Streiks als revolutionäre Gefangene überlegt haben.

Das was wir insgesamt von den Gefangenen - von denen jetzt alle zwischen zehn und 20 Jahren unter den Bedingungen modifizierter Isolation im Knast sind - in den letzten Jahren über Briefe und Erklärungen mitbekommen haben, war widersprüchlich und schwankend. Darin spiegelt sich auch wider, daß bis heute kaum etwas erreicht wurde, was ihre Situation auf absehbare Zeit und mit der Perspektive ihrer Freiheit bewegt hätte.

**Wenn wir im Zusammenhang mit der Erosion der revolutionären Bewegung in die Endachtziger-Jahre zurückblicken liegt es auf der Hand zu sehen, daß die Politik der RAF sich im selben Fahrwasser bewegte. Die "neue Politik" zum Ausgangspunkt von Brüchen herauszulösen kritisieren wir insofern, als damit dem Mythos Vorschub geleistet wird, daß der Zeitpunkt der notwendigen Transformation des Mitte-80er Prozesses nicht von Allen in diesen Jahren verpaßt wurde.**

Wir haben auch Fragen, die die Zäsur der RAF betreffen, weil es unserem Verständnis entspricht, daß sie als kämpfende Genossinnen und Genossen auch die Jahre nach Ende der Front entscheidende Protagonisten der politischen Entwicklung innerhalb der Linken geblieben sind und mit unseren Prozessen verbunden blieben. Wir fanden den Einschnitt der RAF im April 1992 richtig. Die damit verbundenen Schwächen in ihrem Papier können wir durchaus mit unserer eigenen Situation in Verbindung bringen: Weit und breit war zu dieser Zeit absehbar, daß die Fragen für eine Neubestimmung des revolutionären Prozesses noch wenig Konturen besaßen. Von strategischer Orientierung zu reden wäre vermessen gewesen - die Zäsur und ihre Begründung mußte das Moment der politischen Entwaffnung in sich tragen. Allerdings nicht - wie zahlreiche Genossinnen und Genossen es als Interpretation überstürzt parat hatten - in dem Sinne, daß dies das Ende des bewaffneten Kampfes bedeutet.
Die Genossinnen und Genossen aus der RAF haben mit ihrer Begründung der Zäsur zugleich ihre politische Integrität als kämpfender Zusammenhang in die Waagschale geworfen, und damit eine fatale Verkettung von Entwicklungen ausgelöst. "Auch in einer Zeit des Übergangs zu neuen Bestimmungen unsere konkrete Initiative für die Freiheit der Gefangenen einzusetzen" - führte zum begrifflichen Scherbenhaufen über die Bedeutung, dem Staat zu drohen, wenn er seine Aufgaben weiter so macht wie bisher. Im Fortgang dieser Geschichte liegt Weiterstadt in Trümmern. Mit der Legitimität dieser Aktion haben wir keine Probleme. Doch die Aktion bleibt gefangen im Widerspruch zwischen fehlender politischer Strategie und der erklärten Absicht, mit zur Neubestimmung revolutionärer Politik beizutragen und dem, daß sie in erster Linie dazu bestimmt war, Druck zu schaffen für die Freiheit der politischen Gefangenen.

Wir finden es falsch, wenn Bad Kleinen von der RAF in ihrer Erklärung vom 6.3.1994 zur "gigantischen" Staatsschutz-Operation erklärt wird. Wenn etwas dieses Ausmaß hatte, war es der Zer-

setzungsgrad der revolutionären Linken mit dem Resultat, den Apparat in die Lage versetzt zu haben, weitgehenden Einblick in die politischen Prozesse zu bekommen. Dann wird das Wesentliche nicht mehr die Legendenschreibung von Landgraeber[5] etc., sondern die Materialität davon, daß ein Agent zum Katalysator des Stoffwechsels in der revolutionären Linken geworden ist. Neben der Option zum militärischen Schlag gegen die RAF hatte der Staat noch sämtliche Rechte am Gedankenaustausch der Militanten. Sicher ein wirklicher Triumph des bürgerlichen Staates, dem es schon immer ein Dorn im Auge war, daß die Gedanken frei sein könnten.

## Die Bestimmung "Einheit der Revolutionäre" ist in der alten und begrenzten Form historisch überholt.

Wir sehen unser Dilemma, daß wir nur wenig in der Lage sind, im internationalen politischen Kontext auf der Höhe der Zeit zu agieren. Dies verleitet uns nicht dazu, unsere derzeitige politische Praxis und Organisierung zur taktischen Brücke zu konstruieren. Sie ist ein Bestandteil unserer bewußten Auseinandersetzung mit den politischen Prozessen und der gesellschaftlichen Realität dieses Landes.

Angesichts der umfassenden Krise des imperialistischen Weltsystems, die mit der vollen Wucht ihrer Zerstörungskraft auch die Metropolen-Gesellschaften trifft, wird es zu einer existentiellen Frage, wie die Linke mit der sozialen Erosion und hochgradigen Individualisierung in der Gesellschaft umgeht. Die Vielzahl drängender sozialer und politischer Probleme wie Rassismus, faschistischer Straßenterror, oder die polizeiliche Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche, - um einmal drei gravierende Beispiele zu benennen - müssen hier und heute angepackt werden.

Die Initiierung und Unterstützung von Selbstorganisierungs-Prozessen gegen die Destruktivität und Perspektivlosigkeit des kapitalistischen Alltags war für uns spätestens seit Ende 1990 eine wesentliche Orientierungslinie, an der wir auch weiterhin festhalten werden. Ob es jetzt um den organisierten Schutz gegen fa-

schistischen Terror geht, oder daß sich Flüchtlinge in einem Hungerstreik gegen rassistische Sondergesetze wehren und die menschenunwürdige Zuteilung von Eßpaketen ablehnen - oft geht es dabei um direkte Lösungen. Was nicht heißen soll, daß sie kurzfristig erkämpft werden können. In unserer Vorstellung verbinden wir langfristig mit dieser Praxis, die regional begrenzten und punktuellen Grundlagen aufzuheben.

International wie in Europa, denken wir - ohne jetzt näher darauf einzugehen - daß den Fragen nach politischen und sozialen Menschenrechten, nach Inhalten und Formen von Demokratie, nach der Dominanz der weißen, westlichen Kultur, nach Rassismus und Sexismus und der insbesondere in den Metropolenländern stark verinnerlichten Vorherrschaft der kapitalistischen Ideologie und Moral längerfristig eine wesentliche Bedeutung zukommt. Es war eine Schwäche der antiimperialistischen Front, daß die internationalen Kräfteverhältnisse hauptsächlich politisch-militärisch begriffen wurden. Soziale und kulturelle Faktoren, die weltweit eine wichtige Rolle spielen, fanden dagegen im revolutionären Prozeß so gut wie keine Berücksichtigung.

Ein revolutionäres Projekt der Zukunft, das mit Sicherheit nur international aufgebaut werden und existieren kann - und davon sind wir heute noch meilenweit entfernt - wird gesellschaftlich auf einer breiteren und politisch wie sozial umfassenderen Grundlage entwickelt werden müssen. Die Bestimmung "Einheit der Revolutionäre" ist in der alten und begrenzten Form historisch überholt.
Der Aufbau von Selbstorganisierungs-Prozessen und Basisinitiativen in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen hat für die Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen weltweit einen zentralen Stellenwert. In ihnen wird sich zeigen, ob es gelingt, längerfristig Solidarität zu organisieren, Eigenständigkeit und Selbstverantwortung zu entwickeln, sich gemeinsam Handlungsfähigkeit anzueignen und politisches, den kapitalistischen Horizont überschreitendes Bewußtsein massenhaft zu akkumulieren.
Lokal betrachtet sind wir erst am Anfang dieser Entwicklung. Es ist für uns ein sehr widersprüchlicher Prozeß, wenig frei vom Druck tagespolitischer Notwendigkeiten. Andererseits lernen wir in ihm und durch den Stoffwechsel mit anderen viel - jenseits ideologischer Vorurteile - über die gesellschafts-politischen und so auch subjektiven Realitäten in diesem Land.

Zur Zeit bestimmen wir uns gemeinsam in antifaschistischen und antirassistischen Zusammenhängen mit regionaler Relevanz und punktuell internationalistischer Ausrichtung, sowie in politischen Projekten und Kampagnen. In diesem Prozeß haben wir unter uns die politischen Bezugspunkte erweitert und bestimmt. Weder die Zersplitterung der radikalen und revolutionären Linken war und ist darin aufgehoben, noch finden wir darin umfassende Antworten auf unsere gemeinsame Frage nach der Rekonstruktion revolutionärer Initiative und Organisierung.

# Anmerkungen

1) Anfang 1992 ging der damalige Bundesjustiz-Minister Kinkel damit an die Öffentlichkeit, daß es Überlegungen gäbe, Gefangene aus der RAF, die seit Jahren haftunfähig und/oder seit mehr als 15 Jahren unter Sonderhaftbedingungen inhaftiert sind, in einem absehbaren Zeitraum freizulassen. Es gab auf unserer Seite keinen politischen Rahmen, aus dem es möglich gewesen wäre, diese sogenannte Kinkel-Initiative einer gemeinsamen Bewertung zu unterziehen, und daraus eine politische Praxis für die Freiheit der Gefangenen zu entwickeln. Damit, daß hinter Kinkel eine Initiative der KGT stand, die darauf zielte, an der Frage der Freiheit der Gefangenen eine Spaltung unter ihnen und draußen zu initiieren, konnte nicht die Frage erledigt sein, wie aus der Situation eine Politik entwickelt werden kann, die die Freiheit aller politischen Gefangenen auf die "Tagesordnung" setzt. Immerhin wurde von staatlicher Seite die Tatsache exekutierter Sonderhaftbedingungen zugegeben, und daß haftunfähige Gefangene ihnen jahrelang unterzogen wurden und werden.

2) "Wenn seine Angaben stimmen, dann hat er sich gut 200 mal mit seinem Führungsoffizier getroffen" (Kein Friede, Die Niederlage der RAF ist eine Niederlage der Linken).

3) Nationale Befreiungsfront Kurdistans, gegründet am 21.3.1985. "Die Nationale Befreiungsfront ist nicht nur eine offizielle Proklamation und nicht nur ein Ereignis für Nordwest-Kurdistan, sondern eine unter der ideologischen-politischen Führung der Partei erneut hervorgetretene Synthese des bewaffneten und unbewaffneten, auf allen Ebenen geleisteten Widerstandes unseres Volkes, das man seit hunderten von Jahren nicht nur Kapitulation zwingen konnte". (Abdullah Öcalan in einer Rede zur Gründung der ERNK, Kurdistan-Report Nr. 13/1985). Die ERNK wurde am 26.11.1993 durch Beschluß des Bundesinnenministeriums in Deutschland verboten.

4) Am 30.11.1990 wurde in Saarbrücken ein Aktionstag organisiert, um sich gemeinsam den Vernichtungsplänen von Staat und Kapital entgegenzustellen. Darin war der Kampf der politischen Gefangenen in Westeuropa genauso Bestandteil wie die besetzten Häuser und Zentren, die massiv bedroht wurden. Am 14.11.1990 wurde in Ostberlin die Mainzer Straße militärisch geräumt, im Mai 1990 die Häuser im Hafen durchsucht unter dem Vorwand, die RAF lebe im Hafen.

5) Mitautor des Buches "Das RAF-Phantom"

# Fragen aus der kollektiven Aufarbeitung an unsere Genossin bezüglich ihres informellen Kontaktes zu Steinmetz

**Wann hast du Steinmetz kennengelernt?**

Das erste Mal bewußt gesehen hab ich Steinmetz am 10.6.1989 in Saarbrücken während einer Mobilisierung gegen den Bundesparteitag der DVU und der gleichzeitigen Besetzung des Hauses Nassauerstraße 16. Bei der Blockade der Kongreßhalle, in der die DVU tagte, waren recht wenig Leute aus unserer Region anwesend, aber sehr viele aus Wiesbaden. Mit Steinmetz hab ich an dem Tag zwei, drei belanglose Sätze ausgetauscht.
Die Woche darauf war ich mit noch drei Leuten aus Saarbrücken nach Wiesbaden in die Volxküche gefahren. Jemand von uns hat zwischendurch abgeklärt, wo wir übernachten können. Das war in der Wohnung, in der auch Steinmetz wohnte. Außer am Frühstückstisch ein bißchen Erzählen hat auch da kein Gespräch stattgefunden.
Das dritte Mal sah ich ihn am 29.6.89 bei einer Kundgebung am Zweibrücker Knast. Nach der Kundgebung fuhren noch Leute aus Saarbrücken, Kaiserslautern und Wiesbaden nach Homburg ins Autonome Jugendzentrum zur Volxküche, und danach nach Saarbrücken. Wir waren mit einigen Leuten noch in einer Kneipe. Da war Steinmetz mit dabei. Ich verließ die Kneipe nach kurzer Zeit, vielleicht 15, 20 Minuten später. Von Kennenlernen würde ich da noch nicht reden. Ich wußte wie Steinmetz heißt, wo er wohnt. Mehr nicht.

Daß ich ihn öfter gesehen habe, hatte zunächst einen banalen Grund: Zwischen einer Frau, mit der ich zusammenwohnte, und Steinmetz hatte sich an dem Abend in der Kneipe eine Liebesbeziehung angebahnt. Dadurch war er öfter in Saarbrücken.
Wir waren auch mal zu zweit einen Kaffee trinken, wenn er in Saarbrücken war. Unsere Gespräche bewegten sich im Rahmen von Austausch darüber, was so läuft in der jeweiligen Stadt. Wir trafen uns im besetzten Haus in der Helenenstraße, wo ich drei, vier Mal war. Auf dem Rückweg von einem überregionalen Treffen in Mainz war ich für einen kurzen Besuch in Wiesbaden, wo ich mit Steinmetz geredet hab.

Im Sommer/Herbst 1989 wurde bei Diskussionen, in denen Leute aus unterschiedlichen Städten zusammenhockten (wie etwa zum Hungerstreik der politischen Gefangenen in Frankreich), öfter der Gedanke an eine überregionale Zusammenarbeit und Vernetzung der politischen Aktivitäten artikuliert. Daraus wurde ein Treffen im besetzten Haus in Wiesbaden für den 7.10.89 initiiert. Das ging von Einzelpersonen bzw. der Zeit entsprechenden "lockeren" Zusammenhängen aus Saarbrücken, Kaiserslautern und Wiesbaden aus. Die Vorbereitung bestand lediglich im Schreiben einer Einladung mit grob umrissenen Vorstellungen und Abklären eines Termines und Raumes. Konkret waren Initiativen zum Hungerstreik in Frankreich, zum Kampf der Gefangenen hier, zu Kurdistan und Antifa inhaltlich angesprochen. Steinmetz und ich waren auch daran beteiligt. Steinmetz war aus Wiesbaden der einzige, der sich an der Vorbereitung beteiligte. Das Treffen hatte eine unverbindliche Plenumsstruktur und beschränkte sich auf Informationsaustausch. Ein weiteres Treffen daraus fand nicht statt.

**Vor welchem Hintergrund hat sich zwischen dir und dem V-Mann ein persönliches und politisches Verhältnis entwickelt?**

Das Verhältnis zu Steinmetz begann, wie zu vielen anderen auch. Man tauschte sich gegenseitig aus, machte punktuell was zusammen und ging auseinander, um sich an anderen Punkten wieder zu treffen. Wirklich nachvollziehbare Entwicklungen, Klärung von Widersprüchen, Problemen und Fragen liefen dabei nicht. Den politischen Gesamthintergrund der Situation, wie sie während und nach der Mobilisierung zum Hungerstreik der Gefangenen war, will ich jetzt nicht nochmal wiederholen. Ich versuch jetzt genauer zu beschreiben, wie und in welchen politischen Zusammenhängen ich mich zu der Zeit bewegte.

Ich war nicht davon ausgegangen, daß sich die politischen und persönlichen Bezüge, wie sie vor der Mobilisierung zum Hungerstreik existierten, in der Mobilisierung völlig auflösen würden, und hab noch versucht, daran festzuhalten. Aber mit der Eröffnung des Info-Büros und der damit verbundenen Vergrößerung des Zusammenhanges der Leute, die sich in der Mobilisierung beteiligten, wurden Verbindlichkeiten aus vorangegangenen Jahren und ehemals gemeinsame Kriterien ersatzlos aufgekündigt. Es hat ziemlich zwischen mir und Genossen, mit denen ich in den Jahren zuvor zu tun hatte, gefetzt. Aber eine Klärung war zu der Zeit

nicht möglich. Mein eigenes Bedürfnis war, aus umfassenderen Bestimmungen heraus Schritte in konkreten Bereichen anzupacken. Und dazu machte ich mich auf die Suche nach anderen Leuten, nach der "besseren" Politik.

Ich hatte die tatsächlich stattgefundene politische Zersplitterung während und nach der Mobilisierung zum Hungerstreik - deren äußerer Ausdruck die vielfältig entstandenen und wie sich später herausstellte kurzlebigen Initiativen waren - auch lange falsch eingeschätzt. Ich bewertete das zumindest vor dem gesellschaftlichen Hintergrund, daß immer mehr drängende Probleme offen wurden und auf dem Tisch lagen, als Möglichkeit, daß sich in den unterschiedlichsten Bereichen konkrete Ansätze von Organisierung zeigten, die zur direkten Lösung der Probleme nötig waren und in denen für zukünftige revolutionäre Projekte wichtige Erfahrungen und Lernprozesse laufen können. Ich war auch überzeugt davon, daß sich die Zersplitterung in Kleinstzusammenhänge mit der Zeit in gemeinsamen inhaltlichen Diskussionen an längerfristigen Zielen und Bestimmungen aufheben läßt.
Während und nach dem Hungerstreik entstand eine Initiative gegen einen Arzt, der Zwangsernährung in Zweibrücken im Knast durchführen wollte, ein Zusammenhang, der zu Kurdistan arbeiten wollte, ein Projekt zur Durchsetzung der Kommunikation zwischen Drinnen und Draußen, die Hausbesetzung und einige spontane Aktionen. So zur Verhaftung eines kurdischen Genossen und gegen die US-Intervention in Panama. Diese Initiativen wurden zum größten Teil von Linken angepackt, die schon länger politisch aktiv waren und von denen ich mehr an Bereitschaft zu "themen"-übergreifenden Diskussionen und Bestimmungen erwartete. Es hat eine Zeitlang gedauert, bis ich feststellte, daß das "Zusammenkommen" für die meisten darin mehr über Abgrenzungen zu anderen lief als über eigene Ziele.

In dieser ganzen Zeit hatte ich mich auch überregional in verschiedenen Initiativen und Treffen bewegt.
Aber auch all diese Aktivitäten brachten mich keinen Schritt weiter zu einem politischen Rahmen, in dem ich meine Fragen bezüglich einer umfassenden politischen Bestimmung hätte artikulieren und diskutieren können.
Ich hab diese Zeit zwar auch als Lernprozeß begriffen. Aber ein Anhalten und bewußtes Reflektieren von Erfahrungen mit entsprechenden Konsequenzen und Korrekturen hab ich nicht gemacht.

Ich weiß, daß ich mir irgendwann Ende 89/Anfang 90 gesagt hab, daß ich mich halt auf das Chaos einlassen muß, um es zu verändern. Aber unorganisiert geht das gar nicht. Mir war zwar klar, daß es keine gemeinsamen politischen Kriterien zwischen den Leuten in den unterschiedlichen Zusammensetzungen gab, aber ich hab mich damit arrangiert. Das ging so weit, daß ich mich z.B. an meine persönlichen Kriterien wie Verbindlichkeit und Zuverlässigkeit hielt, ohne sie von anderen einzufordern. Ich hatte auch immer "Erklärungen", die mir den entsprechenden Überbau für meine diversen Anpassungen und Arrangements lieferten. Eine war, daß die persönlichen Hintergründe, Wahrnehmungen und Entwicklungen so extrem unterschiedlich sein können, daß sich erstmal gar nichts verallgemeinern läßt. Ein "Argument" gegen kritische Fragen, die ich in verschiedenen Diskussionszusammenhängen stellte, war: "Hauptsache, der/die macht was". Dies wurde mit der Zeit zum politischen Kriterium, das ich selbst so akzeptierte.
Was noch ein Kriterium für mich war, das in schwankender Gewichtung existierte, war das des unmittelbaren sozialen Verhaltens. Ich hatte das gerade ab Ende '90 wieder sehr stark bewertet. Als die Mobilisierung gegen den Golfkrieg begann, waren es sehr viele junge und mir zuvor unbekannte Leute, die die Demonstrationen und sonstigen Aktivitäten wesentlich mittrugen. Auch die Ermordung von Samuel Yeboah, einem Flüchtling aus Ghana, durch einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Saarlouis mobilisierte viele bis dahin politisch nicht aktive Menschen. An der Demonstration in Saarbrücken beteiligten sich 5.000 Menschen, Passanten reihten sich spontan ein, in Saarlouis entstand ein Kreis von Leuten, die kontinuierlichen Kontakt zu den Flüchtlingen herstellten... Ich war tatsächlich überwältigt von der Hilfsbereitschaft und Anteilnahme aus der Bevölkerung. Ich dachte, daß die vielfältig vorhandenen sozialen Bedürfnisse als eigenständige Kraft und Motivationen für perspektivische gesellschaftliche Prozesse und Organisierungen wirken können, und hab das damit überbewertet.

**Sag mal was zu den Grundlagen und zum Verlauf des Verhältnisses zwischen Steinmetz und dir.**

In der ganzen Zeit seit Mitte 89 hab ich ihn immer wieder bei Aktionen und politischen Treffen gesehen, wenn ich in Wiesbaden war oder Leute aus Wiesbaden nach Saarbrücken kamen. Steinmetz vermittelte sich über die ganzen Jahre immer als viel beschäftigt. Das wurde auch unterstützt durch die Eindrücke, wie

ich sie in Wiesbaden wahrnahm. Er war schon überall dabei, redete immer von "wir". Die Qualität von diesem "wir" hab ich aus der für mich sichtbaren Politik interpretiert. Überprüfbar wurde sie dadurch nicht. Es gab - oberflächlich gesehen - ähnliche Entwicklungen und Ansätze hier und in Wiesbaden. Z.B. nacheinander, fast schon abwechselnd, Besetzungsaktionen, die jeweils kurzfristig zu Anziehungspunkten vor allem für jüngere Leute wurden, die in der Mobilisierungsphase dazukamen. Ich konnte jedoch einen Unterschied ausmachen, der für mich wesentliche Bedeutung für meine weiteren Einschätzungen bekam: In den Diskussionen in und um die Besetzung der Helenenstraße hatte ich den Eindruck von strukturierenden und organisierenden Diskussionen, hinter denen ich einen umfassenderen kollektiven Prozeß vermutete. Wie sich Steinmetz in Wiesbaden bewegte und was er über "ihre" Überlegungen vermittelte machte klar, daß er Teil in den umfassenderen Bestimmungen der politischen Schritte war. Was er rüberbrachte war, daß "sie" sich als Militante verstehen und bestimmen, und daß "sie" sich an konkreten politischen Projekten wie Antifa und Häuserkampf beteiligen.
In Saarbrücken war es so, daß sich politische Prozesse aus einer Vielzahl von Initiativen ergaben, die jedoch nicht längerfristig organisiert und transformiert wurden. In Wiesbaden hingegen war eine politische Linie erkennbar, die zwischen militanten Initiativen und breiteren Kämpfen um unmittelbare Lebensbedingungen eine Dialektik versuchte herzustellen. Die Präsenz dieser Politik bekam für mich etwas Herausragendes. Es war das was ich vermißte, und was auf jeden Fall auch auf mich große Anziehungskraft ausübte.
Das hat dazu geführt, daß ich Steinmetz als Vertreter dieser Politik als zuverlässig bewertete.

Ich würde heute nie sagen, daß unser Verhältnis tiefere politische Grundlagen hatte. Es war so angesiedelt, daß ich ihn in einer Situation sah, in der er mir einiges voraus hatte, und daß aus dem, was er von "ihren" Überlegungen vermittelte und mir in Form von Diskussionspapieren und Flugblättern gab, ich mich an Einigem orientierte. Zum Beispiel präsentierte er Broschüren, die Zeitung "Semtex" und Spinnennetz als Projekte, an denen auch er mitarbeitet. Heute sehe ich das so, daß er sich dahinter verstecken konnte. Umgekehrt war es so, daß ich das, was ich machte und woran ich mich beteiligte, immer konkret erzählte. Die ungleiche Situation hat einen gewissen Status Quo geschaffen, ein hierarchisches Verhältnis. Steinmetz hat sich - wie auch immer - in einem Zusammenhang bewegt, auf den er sich beziehen konnte.

Ihn bezüglich seiner Organisierung in einem Zusammenhang zu hinterfragen, wäre mir selbst abcheckmäßig vorgekommen. Ich hatte auch keine eigenen Bezugspunkte und aktuellen Erfahrungen, an denen ich das hätte reflektieren, kritisieren und überprüfen können.
Insbesondere an seiner Oberflächlichkeit in Diskussionen (z.B. Unaufmerksamkeit, "mangelnde Konzentration") und an seiner extremen Unpünktlichkeit hatte ich schon Kritik. Diese blieb jedoch in einem rein persönlichen Verhältnis befangen. Fragen bezüglich seiner politischen Ernsthaftigkeit tauchten bei mir daran nicht auf.

**Sind politische Differenzen / Unterschiede aufgetaucht, und wie hast du das mit ihm diskutiert?**

Als politische Differenzen sind Unterschiede nicht aufgetaucht. In der Form, wie ich mit Steinmetz zu tun hatte - es gab auch zwischendurch Wochen und Monate, wo ich Steinmetz nicht gesehen habe - projizierte ich Unterschiede auf die unterschiedlichen Bedingungen. Zu dem was ich aus Wiesbaden mitbekam, hatte ich keine greifbaren Widersprüche. Steinmetz hat eben das als seine Vorstellungen artikuliert, was er gleichzeitig in Form von Veröffentlichungen zur Hand hatte. Manchmal hat Steinmetz mich auch mit Infos versucht zu füttern. Oft in Form von in Wiesbaden auftauchenden Problemen und Fragen, an denen "sie" sich Gedanken machen. Er hat mir auch Ratschläge gegeben, z.B. ich solle doch was zur Diskussion schreiben zu diesem oder jenem Problem in Saarbrücken. Ich nahm sowas als gutgemeint entgegen, auch wenn ich in der jeweiligen Situation nichts damit anfangen konnte. Ich hatte zu dieser Zeit nicht den Anspruch, perspektivische Diskussionen darüber zu führen, wie sich Steinmetz in Wiesbaden und ich mich in Saarbrücken bestimme.
Wenn mich heute jemand fragt, mit wem ich tiefgehende Diskussionen geführt habe und zu wem ich ein tiefgehendes Verhältnis in dieser Zeit nach 89 hatte, sag ich: Zu Niemand. Es gab Momente von persönlicher Nähe zu dieser oder jenem; es gab Momente von politischen Übereinstimmungen. Aber es gab weder im Alltag, noch in politischen Initiativen gemeinsame Entwicklungen, in deren Verlauf Überprüfungen, Vertiefung und Veränderung von Positionen, Ansichten und Vorstellungen gelaufen sind.

Meine Ausgangssituation hatte sich allerdings kurzfristig und oberflächlich im Sommer 1990 verändert, was auch Auswirkungen auf meinen Kontakt zu Steinmetz hatte. Zu dieser Zeit hab ich

mit einer Genossin aus Saarbrücken einen erneuten Anlauf zu umfassenderer politischer Bestimmung gestartet. Wir führten unsere Diskussionen anfangs zu zweit. Wir brauchten damals einen technischen Rat, mit dem wir uns an Steinmetz wandten. Wir "kannten" ihn beide vor unterschiedlichen Hintergründen und beurteilten ihn als politisch zuverlässig. Es war tatsächlich Steinmetz, der politische Bedenken dahingehend äußerte, daß er das nicht so technisch bestimmen wolle. Er forderte inhaltliche Diskussionen von uns ein! Er hatte kurz zuvor Diskussionen um Perspektiven linker und revolutionärer Politik mit zwei Wiesbadener Genossen begonnen. Er führte diese Diskussionen als jemand "aus einem anderen Wiesbadener Zusammenhang". Da diese Diskussionen am Anfang waren, schlug er vor, daß wir beide in diesen Kreis integriert werden. Es war das erste Mal, daß in einem Zusammenhang zwischen mir und Steinmetz der Anspruch an verbindliche gemeinsame Diskussionen auf den Tisch kam. Es gab dann auch 4, 5 Treffen. Aber daß daraus nichts Verbindliches wurde, lag auch an unserer eigenen Ungenauigkeit.
Die Genossin nahm nur am ersten Treffen teil, bereits zum zweiten Treffen mit den Genossen aus Wiesbaden und mit Steinmetz bin ich wieder als Einzelperson, was ich aus einer - seit längerem nicht mehr politisch hinterfragten und gefüllten - Verbindlichkeit meinerseits machte. In dem Diskussionskreis in Wiesbaden wurde das auch nicht kritisch hinterfragt. Zwischen mir und der Genossin gab es über unsere jeweiligen Entscheidungen keine Diskussion oder Vermittlung.

In dieser Zeit begannen die Vorbereitungen für die NATO-Intervention am Golf, und Alle waren stark in Mobilisierungen dagegen eingebunden. Die letzten zwei, drei Treffen mit den Genossen aus Wiesbaden und mit Steinmetz drehten sich hauptsächlich darum, wie wir das jeweils einschätzten. Es wurde noch eine Verabredung getroffen, die aus Wiesbaden abgesagt wurde. Steinmetz teilte mir dazu mit, daß er und die anderen zuviel zu tun hätten. Das konnte ich auch nachvollziehen, da es mir nicht anders ging.
Zu der Zeit kam ich immer mehr zu der Überzeugung, daß ich allein überlegen muß, wie ich weitergehende Verantwortungen übernehmen kann. Ich bin dann auch zunächst als Einzelperson in ein Bündnis gegen den Golfkrieg, das Ende 1990 entstand.

Bei einem der letzten Treffen Ende 1990 mit den Wiesbadener Genossen und mit Steinmetz unternahm Steinmetz einen vagen Vorstoß. Er fragte, was wir dazu denken, daß so wenig

verantwortliche Resonanz auf die Politik der Guerilla käme. Ob wir es nicht auch wichtig fänden, mit ihnen zusammen zu kämpfen. Ich verwies auf meine Situation, und daß ich dafür nicht die nötigen politischen Grundlagen habe. Der Punkt blieb unverbindlich stehen.
Im Frühsommer 1991 kam Steinmetz auf mich zu mit einem Vorschlag. Er ermunterte mich, die Diskussion mit der Guerilla doch anzupacken. Ich mache viel, bekomme viel mit. Daß ich in keinem kollektiven Zusammenhang sei, wäre doch kein Widerspruch. So sähe es doch fast überall aus. Und für ihn sei es bereits klar, daß er das anpacken werde.
Grundsätzlich fand ich es wichtig, daß die Guerilla Teil in Diskussionen um politische Vorstellungen und Perspektiven ist, und daß das angepackt wird. Ich hatte in den Erklärungen der Guerilla seit 1989 auch einige Veränderungen ihres Rangehens wahrgenommen, die ich als positiv bewertete. Z.B. in der Erklärung zum Angriff auf Neusel, daß darin die Wichtigkeit aller Initiativen zum Hungerstreik der politischen Gefangenen in Spanien auftauchte. Oder in der Erklärung zum Angriff auf die US-Botschaft in Bonn während dem Golfkrieg, in der die Guerilla sich als Teil der Mobilisierung gegen den Krieg bestimmte.

Ab Mitte 1991 bewegte ich mich aus diesen Überlegungen mit Steinmetz und anderen in einer konkreten Struktur, in der es um Fragen nach Inhalt, Zielen und Perspektiven revolutionärer Politik ging. Anfang 1992 zog ich mich individuell aus diesen Diskussionen zurück, weil ich mich subjektiv überfordert fühlte. Im Rückblick ist klar, daß diese Diskussionsversuche genauso scheitern mußten, wie alle anderen Versuche in dieser Zeit, in einem nicht klar definierten und organisierten Rahmen zur Neubestimmung revolutionärer Politik zu kommen.
Diesen Begriff davon hatte ich damals jedoch nicht, und mein Rückzug blieb schwankend. Steinmetz sah ich danach alle zwei, drei Monate. Die Treffen waren von Steinmetz aus sehr kurz und funktional gehalten und reduzierten sich auf Informationsaustausch. Obwohl ich das kritisierte, zog ich daraus keine Konsequenzen, sondern hielt den Kontakt zu Steinmetz aus falsch verstandener Verpflichtung ihm und anderen gegenüber aufrecht.
Das letzte Mal sah ich Steinmetz ca. 1 1/2 Wochen vor Bad Kleinen.

**Warum konntest du dir nach Bad Kleinen nicht vorstellen, daß Steinmetz ein Bulle ist?**

Ich wußte nichts davon, daß Steinmetz in Bad Kleinen dabei war. Den ersten Hinweis darauf erhielt ich aufgrund des Taz-Artikels vom 29.6.93, in dem das Telefongespräch zwischen Birgit und ihrer Mutter erwähnt war, und wonach Birgit nach einem Anwalt für "Klaus" fragte. Danach hab ich versucht Kommunikation zu Wiesbaden herzustellen. In der Zwischenzeit hörte ich aus unverbindlicher Quelle, daß es einen Spitzelverdacht gegen Steinmetz gäbe, in Wiesbaden aber "kein Klaus fehle". Ich bin Anfang Juli zu einem Prozeßtermin gegen Ingrid Jakobsmeier nach Stammheim, in der Hoffnung, jemanden aus Wiesbaden anzutreffen. Dort war eine Genossin, von der ich wußte, daß sie aus Wiesbaden ist und Steinmetz kannte. Ich fragte sie nach Steinmetz, und daß ich von dem Spitzelverdacht gehört habe. Sie wiederholte: "Bei uns fehlt kein Klaus". Sie bestätigte, daß es einen Spitzelverdacht gäbe. Ich fragte noch, ob er zur Demo am 10.7.93 kommen würde, und sie meinte, es ginge ihm nicht gut wegen dem Verdacht, und wahrscheinlich nicht. Auf diese Information hab ich mich verlassen, weil ich natürlich einer Genossin mehr glaube als der Taz oder für mich diffusen Gerüchten. Ich hab danach versucht, Steinmetz telefonisch zu erreichen. Ich hab mir Sorgen um ihn gemacht wegen dem - wie ich damals dachte - verantwortungslosen Spitzelgerücht. Bis dahin hatte ich selbst verschiedene "Erklärungsversuche" zu dem Taz-Artikel: Daß "Klaus" ein Kampfname von jemand anderem sein kann; daß die "3.Person" vielleicht nicht ganz direkt mit Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams zusammenging und deshalb entkommen konnte. Auf der Demo selbst erfuhr ich dann von einer anderen Genossin, daß Steinmetz tatsächlich in Bad Kleinen dabei war. Das lief alles ganz kurz, und Fragen konnte ich da keine stellen. Wir hatten uns für eine Woche später verabredet, wo ich dann erfuhr, daß ein Treffen mit ihm gelaufen war. An diesem Termin war auch sein erster Brief angekommen. Ich hatte auf der Demo am 10.7. das erstemal mit jemand geredet, der sich vorstellen konnte, daß Steinmetz ein Spitzel ist.

Wenn mich ab dem Zeitpunkt jemand fragte, ob ich mir vorstellen könne, daß Steinmetz ein Spitzel ist, sagte ich "nein, aber ich bin mir nicht sicher genug, dies auch in der Öffentlichkeit zu vertreten". Mir gingen ständig Situationen durch den Kopf, Bilder, Gespräche - die hab ich hin und hergedreht, auf der Suche nach

"Indizien", woran ich den Spitzelverdacht hätte festmachen können. Ich hatte ja über mehrere Jahre mit ihm zu tun und dachte, daß ich doch zumindest im Rückblick eindeutige Anhaltspunkte finden müsse. Gleichzeitig hatte ich schon Fragen und Zweifel, die an verschiedenen Fakten auftauchten: Seine Anrufe in Wiesbaden; sein Brief, der nichts erklärte und nicht mit seiner vermeintlichen Situation in Einklang zu bringen war; nicht zum Anwalt zu gehen - das war nicht mehr mit "Naivität", Unerfahrenheit oder Verwirrung zu erklären. Ich hatte mich zu sehr von meinen Wahrnehmungen bezüglich seines Zusammenhangs beeindrucken lassen. Ich konnte mir nicht vorstellen, daß sich da ein Bulle halten kann, auch wenn ich über den inneren Prozeß nichts wußte. Die Veränderungen, die ich seit meinem Rückzug Anfang 1992 in Gang gesetzt hatte, waren noch nicht so weit, daß mein Blickwinkel auf Wiesbaden darin in neuer Form aufgetaucht und das hierarchische Verhältnis bewußt thematisiert worden wäre. Davon, daß der Zusammenhang, in dem sich Steinmetz bewegte, gar nicht mehr existierte, hatte ich keine Ahnung. Das hab ich etwa Mitte August erfahren.
Ich hätte auf jeden Fall in dieser ganzen Zeit auch nicht öffentlich vertreten, daß er ein Spitzel ist. Das war mir ab dem Tag klar, an dem Birgits Brief in der Taz veröffentlicht wurde, und ich das erste Mal die reale Verhaftungssituation erfuhr.
Für zielgerichtetes Nachdenken darüber hatte ich überhaupt keine politischen Kriterien. Das war ein Brei aus dem, was ich über Steinmetz' politische Einbindung wußte, wie ich ihn in Konfrontationen mitbekam... Z.B. anläßlich der Scala-Räumung in Wiesbaden. Diese Situation ging mir immer wieder durch den Kopf, wie er da gegen die Bullen gestürmt ist und mit einer Platzwunde und einer Gehirnerschütterung wieder rauskam. Es schien mir zu Viel authentisch.
Ich hab mit der Zeit über Diskussionen gemerkt, daß ich nach Bad Kleinen zunächst unpolitisch rangegangen war, und daß ein Begriff über die Vorgänge nur politisch und gemeinsam erarbeitet werden kann.

Am 5.8.93, einen Tag vor Wolfgangs Beerdigung, war ich in Wiesbaden. Der lange Brief von Steinmetz war kurz vorher angekommen. Da war ich schon davon überzeugt, daß Steinmetz ein Bulle ist. Ich hab jedoch gemerkt, wie das Gift wirken kann, wenn ich die politische Ebene in meinen Überlegungen verlasse. Es wär doch "zu schön", wär alles nur ein großer Irrtum gewesen. Im individualisierten Denken wird sehr schnell der Wunsch Vater des Gedankens. Es war ganz offensichtlich, was mit diesem Brief be-

zweckt war. An diesem Brief wurde die erste Veröffentlichung der Recherchegruppe zum Bullen Steinmetz durch Genossen und Genossinnen aus Wiesbaden nochmal kurz in Frage gestellt, so sehr verworren war Alles.

**Welche persönlichen und politischen Konsequenzen hast du daraus gezogen?**

Anfang 1993 begann regional ein Diskussionsprozeß mit ein paar Genossen und Genossinnen, aus dem sich ab Spätsommer 1993 ein Zusammenhang herauskristallisierte, in dem ich mich umfassender bestimmen kann. Dazu mußten Voraussetzungen existieren bzw. geschaffen werden, für die ich natürlich nicht alleine verantwortlich bin, und die nicht als Konsequenz aus Bad Kleinen entstanden. Wir waren noch ziemlich am Anfang uns Grundlagen zu erarbeiten, als Bad Kleinen passierte.
Ich hatte zunächst versucht, die Situation in Wiesbaden zu blikken. Ich hoffte, daß ich dort mit zur Aufklärung und Aufarbeitung beitragen könne. Nach und nach hab ich festgestellt, daß es keinen entsprechenden Rahmen gab, in dem ich mich als Einzelperson hätte einbringen können. Ich hatte mein ganzes Wissen, meine Gedanken daraus lange genug alleine mit mir rumgetragen und brauchte einen Rahmen, in dem es eine fundierte gemeinsame Bewertung meines Kontaktes zu Steinmetz geben kann. Daraus entschloß ich mich dann Anfang/Mitte August, in dem in Saarbrücken entstehenden Zusammenhang den Charakter meines Kontaktes zu Steinmetz offen zu machen. In dem Kreis überlegten wir dann erneut, wie eine gemeinsame Aufarbeitung mit Wiesbaden möglich sein kann. Wir dachten, daß es vielleicht parallel laufen kann: Daß wir selbst anfangen mit Diskussionen und Aufschreiben, daß wir es gleichzeitig offenhalten, wie das mit Diskussionen in Wiesbaden zusammenfließen kann. Nachdem klar war, daß in absehbarer Zeit im Zusammenhang mit Wiesbadener Genossen und Genossinnen keine Aufarbeitung möglich ist, entschieden wir uns Anfang 1994 dazu, uns auf die Aufarbeitung in unserem Zusammenhang zu konzentrieren.

Es wurde uns schnell klar, daß wir den ganzen Komplex "Steinmetz" nur aus einem politischen Verständnis unserer eigenen Geschichte zu greifen kriegen. Steinmetz war nicht allein das Problem der Wiesbadener Genossen und Genossinnen, oder derjenigen, die persönlichen Kontakt zu ihm hatten. In unserem Text versuchen wir herauszuarbeiten, wie es der revolutionären Linken über Jahre nicht gelungen war, zu einem bewußt organisier-

ten Prozeß der Neubestimmung zu kommen. Es gab in Saarbrükken lange Zeit keinen politischen Rahmen, in dem das, was einzelne Genossen und Genossinnen anpackten, was an Eindrükken und Erfahrungen gesammelt wurde, und was daraus an Fragen und Überlegungen entstand, einer gemeinsamen kritischen Bewertung unterzogen worden wäre.
Die Vereinzelung und damit einhergehende Entpolitisierung, das individualisierte Rumgemache in immer wieder neuen Initiativen, und daß es darüber - wenn überhaupt - nicht mehr als unverbindlichen Austausch gab, hat dem Verfassungsschutz und seinem Spitzel eine Menge Spielraum gegeben.
Mein Problem war, daß ich keinen Begriff meiner Vereinzelung - und meiner Angreifbarkeit dadurch - hatte. Ich war auf der Suche und hab mich an einigen Punkten überschätzt; insbesondere was meine realen Möglichkeiten sind, ohne entsprechende Grundlagen und Organisierung politische Verantwortungen übernehmen zu können.

Zu den politischen und praktischen Konsequenzen, die wir bisher aus der umfassenden Krise der Linken gezogen haben, möchte ich ein paar miteinander zusammenhängende Elemente grob skizzieren, wobei klar sein muß, daß das nicht von heute auf morgen vonstatten geht. Voraussetzung ist natürlich, daß es um die Durchsetzung gesellschafts-politischer Ziele und den Aufbau einer handlungsfähigen Linken geht.
Erstens, ohne gemeinsame politische Grundlagen keine Organisierung. Das gilt für die revolutionäre genauso wie z.B. für die in Basisprozessen. Man kann sich nicht aus dem "Nichts" bzw. unter völlig unklaren Voraussetzungen einen Zusammenhang basteln.
Zweitens braucht es dafür Raum, der immer wieder erkämpft werden muß, um die jeweils anstehenden Schritte und Veränderungen politisch genau zu bestimmen. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für die Kontinuität politischer Prozesse.
Und drittens würde ich sagen, daß Schluß sein muß mit diesen diffusen, informellen Strukturen, wie sie sich innerhalb der radikalen und revolutionären Linken über Jahre fettgemacht haben. Wir brauchen politische Strukturen, die ausgehend von politischen Grundlagen und Kriterien in der Praxis überprüfbar und kritisierbar sind.
In all dem stellt sich die Frage, wie tiefgehend und umfassend die politischen Prozesse greifen, und aus welchen subjektiven Fähigkeiten, Möglichkeiten, Problemen und Realitäten wir schöpfen.
Bad Kleinen hat all das für die radikale und revolutionäre Linke existentiell auf die Tagesordnung gesetzt.

# Anhang

## Anmerkungen zu dem vom BKA lancierten Papier "Ermittlungsverfahren gegen Birgit HOGEFELD wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, hier: Mögliche Kurierfunktion des Klaus STEINMETZ"

Das Papier wurde zum 1. Mal in einem Artikel der taz (26.2.94, Autoren Gerd Rosenkranz und Wolfgang Gast) als "geheime BKA-Analyse" erwähnt. Status: "Nicht gerichtsverwertbar". Dieses Etikett soll ihm eine besonders wichtige und authentische Bedeutung geben. Das Papier hat 18 Seiten und datiert vom August 1993.
Die taz antizipiert das Papier als Ausdruck von Widersprüchen innerhalb der Staatsschutzapparate (BKA/VS) bis hin zur gewollt geglaubten Story vom "V-Mann als Mitglied der RAF" (Überschrift der taz).
Die Methode ist: Die taz wird "heiß" gemacht mit angeblich geheimen Infos und dunklen Hintergründen im Sumpf der Apparate - sie springen drauf an und lassen sich so in die psychologische Kriegsführung der Apparate einspannen.

**Was ist der Inhalt?**

1. Kontakte/Beziehungen, die Steinmetz zu unterschiedlichen Leuten der radikalen und revolutionären Linken in verschiedenen Städten hatte, wobei die "Qualität" der Beziehung zumeist offen bleibt. Die Leute werden namentlich erwähnt - die Wertung des BKA bleibt allgemein: Terroristisches Umfeld, ohne Konkretisierung, mit der Perspektive: Repressiv und denunziatorisch ausbaufähig.
2. Ausgehend von den Papieren/Briefen, die angeblich bei Birgit Hogefeld gefunden wurden - werden unter anderem die Namen von 2 Genossinnen genannt, die im "Schriftverkehr" mit der Guerilla stehen sollen. Tendenz: Kriminalisierung, "legale RAF" usw.
3. Das BKA skizziert Steinmetz als den "klassischen Kurier" mit einer großen Nähe zur RAF.
Steinmetz kann über Jahre zum Hebel werden, um ganze politische Zusammenhänge zu kriminalisieren - entscheidend dabei ist, daß, egal was er lügen wird und was von ihm verlangt wird, die Figur im Sinne der Staatsschutzapparate "glaubwürdig" ist.

**Zur zeitlichen Einordnung des Papiers**

Im gleichen Zeitraum erscheint im SPIEGEL ein mehrseitiges Interview mit Steinmetz. Das Interview für den Spiegel führten der ehemalige taz-Redakteur Felix Kurz und Franz Leyendecker. Felix Kurz muß logischerweise Kontakte - wie auch immer die zu bewerten sind - zum Verfassungsschutz haben. Sonst hätte er kein Interview mit Steinmetz machen können.
Das Spiegel-Interview datiert von Oktober 93, ist also zum Zeitpunkt der Veröffentlichung, wie das BKA-Papier, schon einige Monate alt. Die zeitliche Verschiebung zwischen Entstehung und Erscheinen - was in der Öffentlichkeit mit einem angeblich gegen Steinmetz laufenden Ermittlungsverfahren wegen Mitgliedschaft begründet wurde (laut Presse wurde das Verfahren Ende Februar eingestellt) - ist ein Indiz für das bewußte Füttern und beabsichtigte Steuern der Diskussion und politischen Aufarbeitung um den Bullen-Spitzel.

**Der Weg des Papiers in die "Szene"**

Das Papier wurde von Felix Kurz Ende Februar 94, ein paar Tage nach dem taz-Artikel, in den "informellen Verteiler" gespeist.
Das Papier kursiert in geschwärzter wie ungeschwärzter Form, was die Namen der dort erwähnten Leute betrifft, in den "Szenen" der verschiedenen Städte. Das ist gewollt. Verunsicherungen, Mißtrauen, die aufgrund unterschiedlichster politischer Vorstellungen vorhanden sind, potenziert und vorangetrieben durch den Zerfall der Linken, sollen bewußt ausgenutzt werden.

**Büro und Anlaufstelle für Selbstorganisierung-Internationalismus-soziale Emanzipation**

 ***basis***